

Nachstehende Presseerklärung war am 14.11.2015 im Kreis-Anzeiger zu lesen:

Die Bürgerinitiativen aus Borsdorf, Schwickartshausen und Wallernhausen, die sich gegen die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraft aussprechen, nehmen in einer Pressemitteilung Stellung zu Äußerungen der Niddaer SPD und zur jüngsten Stadtverordnetenversammlung.

Die SPD werfe der Bürger-Liste vor, deren Haltung in Sachen Windkraft nicht zu verstehen, schreiben Harald Aßmus, Stefan Schweitzer und Hans-Peter Scherer. „Im Gegensatz zu SPD und Grünen haben sich die Bürger-Liste und die CDU bereits früh mit unseren Einwendungen auseinandergesetzt.“ Dass die Fraktionen nach Gesprächen mit betroffenen Bürgern, ausgiebigen Diskussionen und Abwägung aller Belange zur Auffassung gelangt seien, dass der 2012 gefasste Beschluss aufgehoben werden müsse, zeuge davon, dass sich diese Fraktionen eingehend mit dem Thema beschäftigt hätten.

Im Gegenzug dazu hielten SPD und Grüne an diesem Beschluss „eisern fest“ und bestünden darauf, dass weitergehende Untersuchungen folgen müssten. „Dies ist umso erstaunlicher, da ein Großteil der vorgesehenen Vorrangflächen bereits durch das Regierungspräsidium Darmstadt untersucht wurde“, so Schweitzer. Dabei sei festgestellt worden, „dass große Teile der Flächen aus artenschutzrechtlichen Gründen nicht für Windkraft geeignet sind“. Die von der Stadt Nidda beauftragten Untersuchungen seien jetzt ebenfalls zu diesem Ergebnis gekommen. „Das Geld für diese Untersuchungen hätte man anderweitig verwenden können“, kritisiert Aßmus. Stattdessen würden die Bürger mit Steuer- und Abgabenerhöhungen belastet. Aufgrund eines erst kürzlich stattgefundenen Gesprächs zwischen der SPD und den Bürgerinitiativen habe man erwartet, dass die SPD ebenfalls für die Aufhebung des Beschlusses votiere. „Wir sind erstaunt über die Zurückhaltung der Sozialdemokraten“, so Scherer. Der Antrag, alle „beauftragten planerischen Leistungen und Untersuchungen abzubrechen sowie die Arbeiten zur Änderung des Flächennutzungsplanes bis zur Verabschiedung eines rechtskräftigen Regionalplans einzustellen“, sei nicht verabschiedet, sondern lediglich zur Beratung in die Ausschüsse Bau und Planung sowie Klima, Landwirtschaft, Forst und Umwelt überwiesen worden.

Die BIs fragen sich nun, ob man so Zeit gewinnen will, „um weitere ergebnisoffene Untersuchungen, die Geld kosten, machen zu lassen?“. Der Grünen-Sprecher Marcus Stadler liege mit seiner Einschätzung, dass die Wirtschaftlichkeit von Standorten für WEA zu betrachten, nicht Aufgabe der Stadt sei, falsch. Im Landesentwicklungsplan stehe: „Durch die Festschreibung einer Mindestwindgeschwindigkeit von 5,75 Metern pro Sekunde sollen die besonders effizienten Flächen erschlossen und vor entgegenstehenden Raumansprüchen gesichert werden. Zudem können auf diese Weise die gesetzlichen Kriterien des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit von Windenergieprojekten an Hand eines Referenzertrages planerisch berücksichtigt werden und Standorte mit wirtschaftlich höheren Ertragserwartungen in das planerische Konzept eingebunden werden“.

Verantwortung übernehmen und verantwortlich handeln, so wie es SPD und Grüne für sich in Anspruch nehmen würden, „sieht nach unserer Auffassung anders aus“.